

## Vorlage

Drucksachen-Nr.:	FV/017/2019/Linke
Einreicher:	Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau

Beratungsfolge	Status	Termin	Für	Gegen	Enthaltung	Bestätigung
Otallinat	v (( 41' - 1-	40 40 0040				
Stadtrat	öffentlich	16.10.2019				

## Titel:

Aussetzung der Straßenausbaubeitragssatzung

## Beschluss:

Die Erhebung von einmaligen Straßenausbaubeiträgen im Gebiet der Stadt Dessau-Roßlau gemäß Satzung vom 10.12.2008 veröffentlicht im Amtsblatt Ausgabe 2/2009 vom 31.01.2009 wird ab 01.01.2020 ausgesetzt. Die bisher gefassten Beschlüsse zur Umsetzung der Straßenausbaubeitragssatzung der Stadt Dessau-Roßlau sind davon ausgenommen.

Finanzbedarf/Finanzierung: -

Begründung: siehe Anlage 1

Für den Einreicher:

Ralf Schönemann Vorsitzender der Fraktion Die Linke. Dessau-Roßlau

beschlossen im Stadtrat am:

Frank Rumpf Stadtratsvorsitzender

## Anlage 1:

Die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen (SAB) ist in den vergangenen Jahren auf stetig wachsende Kritik gestoßen. Von vielen Bürgerinnen und Bürger wird die gegenwärtige Beitragsfinanzierung von SAB mit dem Argument, die Erneuerung oder Verbesserung einer Straße käme nicht nur den Beitragspflichtigen, sondern vielmehr der Allgemeinheit zugute, als ungerecht empfunden. Forderungen nach einer Finanzierung ohne unmittelbare finanzielle Beteiligung der Anlieger bestehen seit Jahren. Mitunter stellen Beitragsforderungen mit teilweise enormen Summen die Beitragspflichtigen vor existentielle Probleme.

In Baden-Württemberg und Berlin werden keine SAB mehr erhoben. Die Regierung des Freistaates Bayern beschloss im Juni 2018 die vollständige Abschaffung sämtlicher SAB, gültig rückwirkend zum 1. Januar 2018. Die Thüringer Landesregierung hat die Abschaffung der SAB zum 1. Januar 2019 auf den Weg gebracht.

Die Fraktion DIE LINKE hat in der Landtagssitzung am 01. Februar 2019 mit Drucksache 7/3867 einen Antrag eingebracht, Straßenausbaubeiträge abzuschaffen und ein Beitragsmoratorium vorzulegen. Der Antrag wurde zur federführenden Beratung in den Innenausschuss und zur Mitberatung in den Finanzausschuss sowie in den Ausschuss für Landesentwicklung und Verkehr überwiesen.